

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. S. v. Hoffstetten und J. S. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 23. August.

Trotz den bestimmten Versicherungen der „Kreuz-Zeitung“ ist der definitive Friedensabschluss unter den verschiedenen Mächten Deutschlands noch nicht vollständig erfolgt. Die „Prov.-Corr.“ berichtet darüber:

Die Friedensverhandlungen haben allseitig günstigen Fortgang gehabt. Die Verhandlungen mit Oesterreich (in Prag) haben zu einer vollständigen Verständigung über alle sachlichen Punkte geführt; beaufs. wirklichen Abschlusses waren nur noch einige Formfragen zu erledigen. Die Unterzeichnung des Friedens wird täglich erwartet. Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten, welche in Berlin geführt worden, sind gleichfalls der Sache nach als beendigt anzusehen. Mit Württemberg und Baden ist der Frieden bereits vor einigen Tagen abgeschlossen; auch mit Bayern und Hessen-Darmstadt ist inzwischen eine Einigung erfolgt. Bayern tritt an Preußen einige Landstriche ab, welche zur Abrundung des süblichen Gebiets des bisherigen Kurfürstenthums Hessen erforderlich sind, — Darmstadt die säubere Landgrafschaft Hessen-Domburg und das ausschließliche Besatzungsrecht der bisherigen Bundesfestung Mainz, während die Provinz Oberhessen in den militärischen und politischen Verband des Norddeutschen Bundes tritt. Sämtliche Staaten zahlen Kriegskosten an Preußen, Bayern 30 Millionen Gulden, Württemberg 8 Millionen u. s. w. Die preussische Regierung hat sich bei den gesammten Friedens-Verhandlungen lebhaft von großen politischen Gesichtspunkten, nicht von Beweggründen kleinlicher Vergeltung oder bloßer Länderlust leiten lassen. Ihre Hauptaufgabe war die Schöpfung eines kräftigen Norddeutschen Bundes und in demselben eines starken und fest zusammenhängenden preussischen Kerns. Deshalb mußten in Norddeutschland alle anderweitigen Rücksichten zurücktreten. Was Süddeutschland betrifft, so hing die Regierung davon ab, daß dort die Erwerbung eines größeren oder geringeren Landstrichs nicht ins Gewicht fallen kann, gegenüber dem großen nationalen Interesse der sofortigen Anbahnung günstiger Beziehungen zwischen Preußen und dem deutschen Süden. Dieser Gesichtspunkt und die darauf begründete mildere Behandlung der süddeutschen Staaten haben auf Seiten derselben die vollste Würdigung gefunden, und es ist zuversichtlich anzunehmen, daß die Friedensverhandlungen dazu gedient haben, hoffnungsvolle Anknüpfungen zwischen dem Norden und Süden Deutschlands zu begründen, und dadurch ein neues Unterpfand für eine heilsame nationale Entwicklung Gesamtdeutschlands zu gewähren.

Außer dem nationalen Interesse und der darauf gegründeten milderen Behandlung der süddeutschen Staaten scheinen doch auch Rücksichten auf das Ausland, insbesondere auf Frankreich, eingewirkt zu haben, zugleich, und mit den Rücksichten auf das Ausland, aber auch der Wunsch, den Friedensschluß zu beschleunigen und vollendete Thatsachen zu schaffen. Der Großherzog von Hessen kommt dadurch in eine gleiche Lage zum norddeutschen Bunde, als früher der König von Däne-

mark. Ueber die Vereinigung der eroberten deutschen Länder mit der preussischen Monarchie, schreibt ferner die „Prov.-Corr.“:

Die Vereinigung soll in der Weise vor sich gehen, daß der König mit Einwilligung des Landtags zunächst und unverweilt die Regierung über jene Länder übernimmt, und daß demnächst Alles, was Bedufs des Eintritts derselben in das preussische Staatsgebiet einer besonderen Regelung bedarf, den Bestimmungen der Verfassung gemäß durch ein ausdrückliches Gesetz endgültig geregelt werde. — Warum aber erfolgt denn da die Besitzergreifung nicht ohne Weiteres auf Grund des Artikels 2 der Verfassung? Warum wird der König erst nach Artikel 55 ermächtigt, die Herrschaft über jene Länder zu übernehmen, während die wirkliche endgültige Einverleibung und Einfügung derselben in den preussischen Staatsverband und in die preussischen Staatseinrichtungen erst noch vorbehalten wird? Die Antwort ist: weil es dringend notwendig ist, daß die bestimmte Aufrichtung und Vertheidigung der danernden preussischen Herrschaft in jenen Ländern unverweilt erfolge, — weil dagegen die volle Einfügung derselben in die Verfassungs- und Verwaltungs-Einrichtungen Preußens noch vielfache Vorbereitungen erfordert. — Die Regierung kann, obwohl ihre Willensmeinung von vorn herein keine andere ist, als die der Vereinigung der neu erworbenen Länder mit der preussischen Monarchie, nur den von ihr vorgeschlagenen Weg gehen: zuerst und sofort Ueberrnahme der Regierung (und dazu Genehmigung der Landesvertretung auf Grund des Artikels 55. der Verfassung), jedoch zu dem klar ausgesprochenen Zweck, um nach näherer Prüfung der Verhältnisse und Besonderheiten der einzelnen Länder die staatsrechtliche Stellung derselben innerhalb des preussischen Staatsverbandes auf Grund des Artikels 2. der Verfassung endgültig und fest zu regeln. Es handelt sich nicht um eine vorläufige Vereinigung mit der preussischen Krone, vorbehaltlich späterer Vereinigung mit der preussischen Monarchie, sondern um eine vorläufige Besitzergreifung Namens der preussischen Monarchie, vorbehaltlich weiterer Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse innerhalb des Verbandes der preussischen Monarchie.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Herzoge und dem Erbprinzen von Meiningen nehmen, wie verlautet, mehr Zeit in Anspruch, als man nach der politischen Bedeutung des Ländchens voraussetzen sollte. Es handelt sich, wie es scheint, um die Alternative, daß entweder der gegenwärtige Herzog, ein alter Herr von sehr standhafter österreichischer Gesinnung, bleibt, aber als Kriegsschädigung die Grafschaft Camburg (bei Naumburg und außer Zusammenhang mit dem übrigen Herzogthum) abgibt, und sich mit dem Rest dem norddeutschen Bunde anschließt, oder daß der Erbprinz, der von jeher für einen engeren Anschluß an Preußen war, die Regierung über das Ländchen, das dann in seinem Umfange erhalten bleiben würde, übernimmt. — In Stuttgart hat die „deutsche Partei“ am 21. August eine Volksversammlung veranstaltet, in welcher folgende von dem Abg. Prof. Römer aus Tübingen, begründete Resolutionen, welche mit unserer Anschauung ziemlich übereinstimmen, einstimmig gefaßt wurden:

1) Nachdem der deutsche Bund aufgehört hat zu be-

stehen und Oesterreich darauf verzichtete; an der Neugestaltung Deutschlands Theil zu nehmen, ist die Schaffung eines kräftigen deutschen Staatenwesens nur möglich durch Anschluß sämtlicher deutscher Staaten an Preußen. Dieser Anschluß ist zu verwirklichen in einem Bundesstaat, in welchem die diplomatische und militärische Führung Preußen übertragen ist, die Freiheitsrechte des Volkes im Parlament gesichert sind. 2) Die Beschränkung dieses Bundesstaats auf die nördlich vom Main liegenden Staaten, wodurch wir vom Parlament und der gemeinsamen Gesetzgebung ausgeschlossen sind, widerspricht den nationalen politischen und volkswirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes für jetzt und immer. Wir protestiren gegen die Trennung Deutschlands durch die Mainlinie, gegen jeden Versuch, die süddeutschen Staaten zu einem eigenen politischen Organismus zusammenzuschließen, der leicht zu einem Gegenstoß gegen den Norden sich entwickeln würde, für die Freiheit keine Garantie böte und dem Auslande nur ein willkommenes Feld seiner Einflüsse und Interessen wäre. In der That ist diese Trennung nur eine Herberung des Auslandes, welches darin durch die Bestrebungen der particularistischen Elemente unterstützt wird. 3) Läßt sich aber auch der Eintritt Süddeutschlands in den Bundesstaat nicht in diesem Augenblicke verwirklichen, so erwächst für uns um so mehr die Aufgabe, allem denjenigen entgegenzutreten, was die vorläufige Trennung zu einer definitiven machen könnte, dagegen alle diejenigen nationalen Beziehungen zu pflegen und zu entwickeln, die uns schon jetzt als gemeinsame bleiben, und dadurch dem völligen Anschluß vorzuarbeiten. Vor Allem wird die Regierung darauf bedacht sein müssen, daß das Band des deutschen Zollvereins erhalten würde und daß schon jetzt eine Verständigung mit Preußen über eine gemeinsame Organisation des Heerwesens erfolge. 4) Diese Forderung rechtfertigt sich einmal durch die Erfahrungen des letzten Krieges, in welchem die Tapferkeit unserer Soldaten scheiterte an den Mängeln der Organisation und der Oberleitung; sie rechtfertigt sich mehr noch durch die Gefahren, welche von Seiten eines eifersüchtigen und begehrlichen Nachbarn den deutschen Grenzen drohen. Ein Angriff von Außen, gerichtet gegen die Integrität des deutschen Gebietes, muß die Heere Deutschlands in einer Erfolg versprechenden Organisation und unter Einer Fahne finden!

Die Zahl der schwebenden Fragen in Oesterreich ist in den jüngsten Tagen plötzlich um eine neue, ganz unerwartete, vermehrt worden: um die ruthenische. Eine solche bestand zwar schon früher, aber nicht in dem internationalen Sinne, den man ihr jetzt gerne beilegen möchte. Der jüngste Artikel des officiösen Blattes der ruthenischen Partei „Slowo“, war der erste Schritt in dieser Richtung. Derselbe erklärt:

Die Polen wären in vollem Rechte gewesen, als sie die Existenz der Ruthenen in Abrede stellten; die man bisher so benannte, seien stets Russen vom reinsten Wasser gewesen, die mit ihren Vätern in Moskau und Kiew gleiche Sprache und Literatur, Religion und Nationalität besäßen. Nur um den etwaigen Argwohn der Regierung zu beschwichtigen, sei im Jahre 1848 die ruthenische Nationalität „erfunden“ worden. Jetzt sei es an der Zeit, die Maske abzuwerfen und sich offen als Russen zu bekennen.

Natürlich wird diese Erklärung mit der fast gleichzeitigen und einstimmigen Kundgebung der

russischen Zeitungen in Verbindung gebracht, wonach das von den Stammverwandten Ruthenen bewohnte „Kosbrakland“, d. i. Ostgalizien, bis an den Savefluß sammt dem Südrabhange der Karpathen, nach dem jetzt herrschenden Nationalitäten-Principe früher oder später als Compensation für die Vergrößerung Preußens an Rußland fallen muß. Auch die Vorgänge in Candia können zu neuen Verwickelungen mit Rußland führen. In diplomatischen Kreisen, schreibt man der „A. A. Z.“, ist es ein öffentliches Geheimniß, daß Graf Bismarck dem Fürsten Gortschakoff wissen ließ: er werde ihn zum Dank für die „freie Hand“, die Preußen in Deutschland gelassen wurde, im Orient in derselben Weise unterstützen, und so dürfte denn die Fürstenthümerfrage im Süden dieselbe Rolle spielen, welche die Herzogthümerfrage im Norden gespielt. — Das „Vaterland“ veröffentlicht einen Brief aus Pest, welcher sagt, daß die Regierung sofort nach Unterzeichnung des Friedens ein verantwortliches Ministerium für Ungarn ernennen würde. Baron Senhuy würde in diesem Kabinet, welches, wie verlautet, von hochkonservativem Charakter sein wird, einen hervorragenden Platz einnehmen. Der ungarische Landtag würde von diesem Ministerium Ende September wieder eröffnet werden.

Aus Paris wird der Wiener „Presse“ gemeldet, daß die Pariser in Folge der Krankheit des Kaisers in nicht geringer Aufregung gewesen sind. Theils besürchteten sie bei dem etwa eintretenden Tode des Kaisers den Umsturz der bestehenden Ordnung, theils hoffen sie auf ihn. An den letzten Abenden vor der Ausfahrt des Kaisers in das Boulogner Hölzchen sollen sogar nach der „Presse“ in Paris Sicherheitsmaßregeln angeordnet, und ein außerordentlicher Patronillendienst eingerichtet gewesen sein. Dasselbe Blatt bringt außerdem einen Brief aus Paris über „Frankreich und die Umwälzungen in Europa,“ dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die Bildung eines starken norddeutschen Staates hatte der Kaiser schon in seinen Jugendschriften einen echt Napoleonischen Gedanken genannt, und wenn jetzt von Berlin aus in der Manier seines großen Oheims dictirt wird, daß die Dynastien von Hannover, Kurhessen und Nassau aufgehört haben zu bestehen, so muß doch Napoleon III. in diesem Verfahren die Bilge politischer Wahlverwandtschaften erkennen. Der Vertreter Preußens am hiesigen Hofe hat mehr als je den Schein der Wahrheit für sich, wenn er behauptet, seine Regierung sei nicht gewillt, dem Einheitsstreben der Deutschen zu dienen, sondern dasselbe in den gemessensten Schranken zu halten. — Und mit der Sympathie, die Preußen neuerdings gegen die Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten an den Tag gelegt hat, scheint man sich hier durch den Gedanken aus, daß in der That bei dem gegenwärtig so aufgeregten Zustande der Gemüther in Deutschland ein unzeitgemäßes Vorgehen Frankreichs das beste Mittel wäre, die hier gefürchtete und von Preußen vorläufig nicht erstrebte deutsche Einheit dem Ziele entgegenzuführen. — Das französische Volk ist in dem ruhigen Glauben an seine Suprematie auf dem Festlande erschüttert; ja Diejenigen, welche voll Vertrauen an die Aufrichtigkeit des Entgegenkommens der preussischen Regierung gegenüber den Kammerern glauben, beginnen sogar zu fürchten, von Preußen nicht bloß in Beziehung auf äußere Machtstellung überflügelt zu werden. So tritt, durch das Gewicht aller Beweggründe der auswärtigen Politik, aufs Neue das schwierige Problem liberaler Reformen im Innern vor das zweite Kaiserreich. Man wird ernstlicher als je an die Lösung desselben denken, und sich vor dem Wahne hüten müssen, mit Concessionen in Betreff des Luxemburg-Gartens, mit der Eristung von Invalidenkasernen für die Arbeiter und dgl. die Aufmerksamkeit des Volkes ablenken zu können. u. s. w.

Die Pariser Presse kann sich noch immer nicht mit den preussischen Annexionen befreunden, und wenn auch die Compensationfrage für jetzt bei Seite geschoben ist, so ist der Ton, welcher in der Presse gegen Preußen angeschlagen wird, kein freundschaftlicher. Sogar das bisher so preußenfreundliche „Journal des Debats“ wendet sich in längeren und sehr scharfen Auslassungen gegen Preußen, weil die Einverleibungen Nassau's, Frankfurt's, Hannover's und Kurhessens, insofern sie ohne Berufung an das allgemeine Stimmrecht geschehen, uns in die barbarischen Zeiten roher Eroberung zurückversetzten. Der Artikel verdient um so mehr Beachtung, als er aus dem Ministerium des Aeußern stammt. Was der Kaiser dabei denkt, ist eine an-

dere Frage; vorläufig schweigt er nach gewohnter Weise und läßt Drouyn de Lhuys und seinen guten Freunden freies Spiel. Natürlich regen sich auch wieder sofort die „deutschen“ Elemente, welche in Paris im Sinne und Auftrage der Herren v. Bism., v. Dalwigk, v. d. Pfordten u. s. w. wirken und finden eifrige Förderung bei den Legationisten, Orleansisten und Clerikalen. —

Die Vorberathungen wegen des Friedens zwischen Italien und Oesterreich haben in Paris begonnen. Die Unterhandlung ist nach der „Italie“ eine doppelte. Italien muß zuvörderst mit Frankreich unterhandeln, welchem Venetien abgetreten ist, und, obgleich es Frankreich niemals in den Sinn gekommen ist, sich diese Provinz anzulegen, so ist die Abtretung desselben ungeachtet eine vollendete Thatsache und es hängt von Niemanden ab, sie ungeheben zu machen. Sodann müssen Italien und Oesterreich zusammen unterhandeln, um die Friedensbedingungen festzustellen. Die Stadt, wo dieser zweite Theil der Unterhandlungen stattfinden wird, ist noch nicht bezeichnet. Vielleicht wird es auch Paris sein, doch ist dies noch nicht gewiß. Der Stand der Verhandlungen betreffs Italiens ist überhaupt schwer zu übersehen, da dieselben sehr verwickelter Natur sind. Es wird über Italien zwischen Preußen und Oesterreich, zwischen Oesterreich und Italien, zwischen Oesterreich und Frankreich und zwischen Italien und Frankreich verhandelt. Kein Wunder also, wenn die Nachrichten oft sehr verworren und schwer zu enträthseln sind. Und um endlich die Verwirrung voll zu machen, berichtet noch die „Presse“, daß Herr von Brenner dem Baron Werther den Standpunkt Oesterreichs in der italienischen Frage dahin erklärt hat, daß es die Abtretung Venetiens an Napoleon durch die eingetretenen Verhältnisse nicht als aufgehoben erklären könne, wie übrigens bei den Verhandlungen in Nikolsburg durch das Einverständnis mit den französischen Bevollmächtigten schon damals dargehan sei. Ueber das Verhalten Preußens zu Italien schreibt man ferner dem „J. d. D.“ aus Florenz:

Mit der Zeit fällt mehr Licht auf die einzelnen Phasen des Krieges und der Unterhandlungen. Man glaubt heute zu wissen, warum Preußen so plötzlich in seinem Siegeslaufe angehalten und mit solcher Eile und ohne sich weiter um Italien zu kümmern, Frieden geschlossen hat. Das Berliner Cabinet, heißt es, hat mit argwöhnischem Auge auf die Unthätigkeit der italienischen Armee vom 24. Juni bis zum 5. Juli geblickt. Die damals vollzogene Abtretung Venetiens kam ihm verdächtig vor, kurz, es glaubte sich hintergangen. Darum beschränkte es sich auch auf Einhaltung seiner schriftlich niedergelegten förmlichen Zusicherungen gegen Italien und schien sich wenig darum zu kümmern, was fernerhin seinem Alliierten noch zustoßen könne. Diese Thatsachen sind auch dem Rücktritt des Generals Lamarmora nicht fremd. Denn als Chef des Generalstabs und Minister ohne Portefeuille trug er die Verantwortlichkeit dafür. Es ist übrigens begreiflich, mit welcher Zurückhaltung ein solcher Gegenstand besprochen werden muß, zumal die italienische Regierung immer ihren eigenen Eingebungen gefolgt ist. Vielleicht ist der Verdacht des preussischen Cabinets ein unbegründeter, jedenfalls aber hat er auf das preussische Verhalten einen großen Einfluß ausgeübt.

Die neuesten Depeschen leugnen jedoch das Gerücht ab, nach welchem Lamarmora's Entlassung durch angebliche Einflüsse des Auslandes hervorgerufen worden sei. — Aus Rom wird berichtet, daß der Pabst des Kampfes gegen Piemont müde sei. Die Vergrößerung, die Unabhängigkeit, das Wohlgehen, die Macht und der Ruhm des italienischen Vaterlandes sind nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben, und wenn seine Würde als Oberhaupt der Kirche sichergestellt, sein geheiligter Charakter geachtet und seine Freiheit garantirt wird, so würde sein väterliches Herz Victor Emanuel gern die Arme öffnen. Man spricht von einem Briefe des Kaisers der Franzosen an den König von Italien, der für die Veröffentlichung bestimmt ist und die künftige Stellung Roms und des Pabstes zu Italien berührt.

Ein Reformverein in London ist in einem Streit mit dem Privatsecretär der Königin begriffen. Der Vorsitzende, de Gruyter, schrieb an Sir Thomas Biddulph, um eine Audienz bei Ihrer Majestät für eine Deputation nachzusuchen, welche ihr die Beschwerden des Volkes vorzutragen wolle. Dieser verwies den Schreiber an den Minister des

Innern, ertheilte auf ein wiederholtes Gesuch die nämliche Antwort. Der unermüdlische de Gruyter läßt sich dadurch nicht abschrecken, wird nur um so dringender in dem Gesuche, Ihre Majestät noch vor deren Abreise nach Schottland zu sprechen, „da Arbeitsleute nicht ihre Zeit damit verlieren könnten, so weit nachzureisen,“ und stüßt gefestigt seine Forderung auf Statute aus der Zeit Karl's II. und Wilhelm's III., wonach jede zehn Unterthanen das Recht besäßen, Ihrer Majestät eine Petition zu überreichen. Gesetz und Verfassung kenne keine Minister. Da auch diese Deductionen kein besseres Resultat zu erzielen vermochten, so wendet sich de Gruyter nun mit seinen Vorstellungen direct an Ihre Majestät. Merkwürdiger Weise halber seien sie wirklich mitgetheilt:

Aus der Correspondenz zwischen Ihrer Majestät Privatsecretär und mir ist Grund zu fürchten, daß man unser Vorhaben, Ihre Majestät zu sprechen, vereiteln will. Ein solches Verfahren würde aber die Krone gefährden, und als loyale und treue Unterthanen müssen wir Alles verdammen, was Ihre Majestät in eine falsche Stellung zu bringen geeignet ist. Nach dem Präcedenzfalle aus der Zeit Jakob's II. wird durch die Entfernung des Souverains aus dem Lande, verbunden mit Versuchen, die Freiheiten des Volkes zu verkürzen, der Thron erledigt, und ich brauche Ihrer Majestät nicht erst zu bemerken, daß nach diesem Präcedenzfalle eine Weigerung Ihrer Majestät, uns zu sehen, verbunden mit der Gewaltthat, worüber wir Klage erheben (es handelt sich um die Vorgänge im Hyde-Park), vor dem Gesetze einer Abdankung gleichkommen würde.

Auch englische Blätter, unter anderen die „Times“, obgleich bisher auf Seiten Preußens und für die Einigung Deutschlands unter preussischer Herrschaft, fühlen sich jetzt doch veranlaßt, eine Art von Trost- und Abschiedsrede über den Untergang des hannoverschen Königreichs und für die abgesetzte Dynastie zu halten.

In Amerika ist man weniger erfreut über den endlich gelegten atlantischen Telegraphen, als von den Friedensbotschaften aus Deutschland. Man beklagt sich über die enormen Preise für die Depeschen. Es kostet z. B. eine Depesche von 20 Wörtern bis Deutschland 105 Dollars Gold. Da kann sich freilich nur ein Millionär das Vergnügen machen, seinen Freunden in Deutschland „Guten Morgen“ zu sagen. Besonders ist man aber in geschäftlichen Kreisen beunruhigt über die Wirkungen, welche das transatlantische Kabel auf den Geschäftsverkehr üben würde, da zuvörderst wenigstens nun die Großindustrie und die reichsten Banquiers und Kaufleute sich denselben zu nahe machen werden, wodurch den übrigen Geschäftstreibenden die größten Nachtheile erwachsen müssen. Die Zahl der Depeschen schwankt täglich jetzt zwischen 20 und 25 oder 3000 bis 5000 Dollars Gold.

Deutschland.

Berlin, 23. August. [Abgeordnetenhaus.]

Am 20. August fand die erste Commissionssitzung des Abgeordnetenhauses für das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes statt. Die an die Staatsregierung aus der Commission Betreffs des Wahlgesetzes gerichteten Fragen wurden dahin beantwortet, daß die preussische Regierung mit den Regierungen, die den Bund bilden, eine darauf bezügliche Vorlage vereinbaren würde, die durch einen Staatsvertrag festgestellt werden solle. Mit einigen Regierungen, wie z. B. denen der thüringischen Staaten, seien die Verhandlungen so weit getrieben, daß die Zusage zum Eintritt in den Bund erfolgt sei; mit andern, wie mit beiden Mecklenburg und Oldenburg werde noch darüber verhandelt; mit Sachsen, Sachsen-Meiningen und Ruß ältere Linie könne erst später verhandelt werden, da sie sich zur Zeit noch im Kriegszustande mit Preußen befinden. Hieraus ergebe sich gleichzeitig der Umfang des Bundes. Auch die nicht zum ehemaligen deutschen Bund gehörigen preussischen Landesheile werden nach §. 1 der Vorlage (jeder Preuze ist Wähler und wählbar) zum norddeutschen Bunde gehören. In Sachsen werde die preussische Civilverwaltung voraussichtlich die sofortige Vornahme der Wahlen ohne Rücksicht auf den Friedensschluß veranlassen. Betreffs Luxemburgs schweben die Verhandlungen noch, doch sei